

Anlässlich eines weltweit grassierenden Antisemitismus, dem Erstarken einer radikal-islamischen, weltweit agierenden und sich anti-national und antiimperialistisch verstehenden Bewegung und der auch in der Bundesrepublik aktiven Gruppierungen vom BDS-Movement über die iranisch-autoritären Umtriebe bis hin zum türkisch-nationalistisch-islamistischen Moscheeverband Ditib möge das Student*innenparlament folgenden Antrag beschließen:

Antrag

Gegen jeden Antisemitismus, Faschismus und Islamismus - Stop BDS und andere islamistische Akteur*innen

Das Student*innenparlament bezieht Stellung gegen die BDS-Bewegung und sämtliche vermeintlich humanitäre Organisationen, Institutionen und/oder Bewegungen, denen antisemitische und antiisraelische Ideologien inhärent und/oder den politischen Islam mit seinem Hass auf Jüd*innen verbreiten wollen. Dementsprechend verurteilen wir jedweden Antisemitismus - egal ob anti-judaistische Ressentiments, traditionell völkisch-rassistischer, sekundärer Schuldabwehr oder modern israelbezogener Antisemitismus. Wir zeigen uns dezidiert solidarisch mit dem durch klerikalfaschistische und scheinlinke Kräfte - meist sich antiimperialistisch nennende Gruppierungen - bedrohten jüdisch-zionistischen Staate Israel und verurteilen jegliche Existenzbedrohung oder Aberkennung des Existenzrechts Israels, dem einzigen Schutzraum jüdischen Lebens.

Folgende Konsequenzen erwachsen aus obiger Solidarisierung:

1. Das Student*innenparlament (StuPa), der Allgemeine Student*innenausschuss der Uni Vechta (AStA) und sonstige Gremien der verfassten Student*innenschaft der Universität Vechta verurteilen jeden Antisemitismus und stellen sich ihm in gewaltfreier Form (siehe Punkt 3.) im Falle einer etwaigen Veranstaltung oder Aktivität etwaiger Gruppierungen entgegen.
2. *BDS*, BDS-nahestehende und/oder ähnliche Organisationen & sonstige klerikalfaschistische Gruppierungen wie dem Moscheeverband *DITIB* oder *Pax Christi* werden nicht unterstützt oder toleriert. Heißt, eine Kooperation von studentischen Gremien mit diesen Gruppierungen wird untersagt.

3. Das StuPa und der AStA haben im Falle von an der Uni Vechta stattfindender Veranstaltungen von in 2. genannten Gruppen diese Veranstaltung kritisch zu begleiten.

4. Der AStA wird beauftragt, sich gegenüber der Universität für ein Verbot von Veranstaltungen einzusetzen, die dem BDS oder in 2. genannten Organisationen des politischen Islam nahestehen oder durch die Delegitimation Israels aufgefallen sind.

5. Der AStA wird mit der Veröffentlichung des Antrages sowie der Antragsbegründung beauftragt.

Abschließend fordert das Student*innenparlament die Universität Vechta auf sich ebenfalls gegen die BDS-Bewegung und ähnliche islamistische und antiisraelische Organisationen zu positionieren und sich offen solidarisch mit dem Rückzugsort aller Jüdinnen* und Juden - dem Staate Israel - zu zeigen.

Begründung

Antisemitismus ist heute im Jahr 2019 in der Bundesrepublik Deutschland nicht vom Erdboden verschwunden. Ganz im Gegenteil: Er "genießt" eine erschreckende Aktualität. Eine Republik, in der, wie in Berlin am hellsten Tag auf offener Straße Kippa tragende Menschen angegriffen werden, ist nicht akzeptabel. Dass die Motivation dieses gewalttätigen Angriffs eindeutig politisch ist und dennoch die Täter*innen geringe Strafmaße erwarten müssen, steht symptomatisch für den heutigen Umgang mit dem prekären Problem. Es grassiert ein Gespenst in der BRD umher, ein Gespenst namens Antisemitismus. Aber nicht nur in Berlin. Nein, im gesamten Bundesgebiet herrscht dieser Missstand. Auch in Chemnitz während der Jagd auf vermeintliche Migrant*innen wurde ein jüdisches Restaurant beschädigt und sein Inhaber mit Steinen angegriffen und verletzt. Schauen wir nach Dortmund, so werden Parolen gebrüllt wie: „*Wer Deutschland liebt, ist Antisemit.*“ Diese Beispiele verdeutlichen den problematischen Zustand und sind Anzeichen für die steigende Radikalität des offen artikulierten Antisemitismus. Im Berliner Fall erschrickt uns, dass „[d]as Wort Antisemitismus [...] in der Urteilsbegründung kein einziges Mal gefallen“^[1] ist, wie Mike Samuel Delberg (Jüdische Gemeinde zu Berlin) im Nachgang richtig feststellte. Feststeht: Die derzeitige Situation ist nicht hinzunehmen, sie ist katastrophal. Die einzig richtigen Reaktionen auf diesen widerlichen Zustand sind Empörung und Widerstand seitens der Gesellschaft!

Doch bei einem Aufschrei der Zivilgesellschaft muss bedacht werden, dass Antisemitismus nicht erst dort beginnt, wo offene Gewalt gegenüber vermeintlich als Jüd*innen identifizierten Personen

und jüdischen Personen ausgeübt wird, Synagogen, jüdische Friedhöfe oder jüdisch geprägte Geschäfte geschändet werden, sondern zu einem deutlich früheren Zeitpunkt. Kurz gesagt: Antisemitismus ist in seinen sämtlichen Ausprägungen als religiös begründeter Antijudaismus, völkisch-rassistischer Antisemitismus, Sekundär- oder Schuldabwehr-Antisemitismus, dem modernen israelbezogenen Antisemitismus oder muslimischen Jüd*innenfeindlichkeit ein gesamtgesellschaftliches Problem.

Die Relevanz dieses Gesellschaftsproblems liegt im Antisemitismus, in der Ideologie und seiner Vergesellschaftung, in seiner vielfältigen Gestalt des Hasses. Die Vielfalt der antisemitischen Ideologie hält Erklärungsmuster bereit, die sämtliche negative Entwicklungen auf eine bestimmte Gruppe an Menschen zurückführt, wobei diese zum Einen als parasitär dargestellt werden, solange es sich um finanziell schwache Jüd*innen und Juden und/oder jüdisch anmutende Personen handelt und zum Anderen als übermächtig, sobald die für die Argumentation genutzten jüdisch oder jüdisch anmutenden Personen vermögend oder vermeintlich vermögend sind. So oder so ist das sogenannte „Weltjudentum“ schuld. Losgelöst von dem Tun und Handeln der dieser Religion Zugehörigen, sind sie schuld am Zerfall der Gesellschaft und Kultur. Sei es wegen ihres *kulturlosen, barbarischen* Daseins oder der Deklaration als *Strippenzieher*innen* des weltweiten Geschehens. So oder so stünden sie den progressiven Kräften pseudolinker, islamistischer und/oder rechter Köpfe konträr als vermeintlich übermächtige*r Antagonist*in gegenüber. Bis zur Staatsgründung Israels war die Feindseligkeit staatenlos und auf die Religion fokussiert. Die Moderne hat eine weitere Gestalt des Feindbildes ergänzt: Israel, den Juden unter den Staaten, wie Paliakov stets zitiert wird. Heutzutage firmieren etliche Antisemit*innen und Menschen mit antisemitischen Denkstrukturen ihre feindlichen Aussagen unter dem Label der vermeintlich legitimen „Israelkritik“. Allein, dass eine solch vermeintliche Staatskritik einen eigenen Begriff kennt, sollte zeigen, welche außergewöhnliche Situation hier konstruiert wird, oder reden wir über Frankreichkritik und Deutschlandkritik? Nein. Die Gefahr dieser fragwürdigen Kritik ist, dass sie losgelöst von politischen Lagern, so wie der Antisemitismus nie an eine bestimmte politische Ausrichtung gebunden war, ist. Ob Rechtsextreme, Politiker*innen der Mitte oder Linke, alle äußern sich israelkritisch und re-/produzieren alte antisemitische Bilder und Lügen: seien es die alten Geschichten von Jüd*innen und Juden, die das Grundwasser vergiften, über die monetäre, habgierige Fixierung des „Geldjuden“ in Form jüdischer Namen am Finanzkapitalmarkt wie Rothschild oder Goldman & Sachs oder Bilder des übermächtigen „Rambojuden“, der in Form der Soldat*innen der *Israel Defence Forces*, und des angeblich jüdisch gelenkten Amerikas beziehungsweise der jüdisch gelenkten Welt.

Wir könnten noch weiter machen, doch der bisherige Überblick zeigt hinreichend, weshalb antisemitische und antiisraelische bzw. antizionistische Positionen mindestens fragwürdig sind. Da islamische oder vermeintlich humane Organisationen oder Bewegungen wie der BDS diese Positionen re-/produzieren und auf die Vernichtung Israels („From the river to the sea“) angelegt sind, wollen wir ein anderes Narrativ an unserer Universität etablieren. Dieses Narrativ muss etliche politische Lager übergreifen und darf nicht von fundamentalistischen, ergo klerikalfaschistischen, Kräften bestimmt werden.

Für eine Welt, in der kein*e Jüd*in sich ängstigt und frei leben kann. Für eine Universität, an der Antisemitismus keinen Platz hat.

[1] Prösser, Claudia (2018): „*Ein sehr unbefriedigendes Urteil*“ - *Schuldspruch im Berliner Kippa-Prozess*, in: [taz.de](http://www.taz.de). Online abrufbar: <http://www.taz.de/Schuldspruch-im-Berliner-Kippa-Prozess/!5515621/> (Stand 04.05.2019).

Antragsteller:

Liste *UniLinks Vechta*)

Unterstützt von:

Liste *RCDS*

Liste *STN*

Liste *Satire & Nüsse*

Liste *Juso Hochschulgruppe Vechta*